

Funkenberg, Alexander

Article — Digitized Version

Mehr Privatkapital in Entwicklungsländer

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Funkenberg, Alexander (1965) : Mehr Privatkapital in Entwicklungsländer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 8, pp. 431-432

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133514>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mehr Privatkapital in Entwicklungsländer

Förderung des internationalen Kapitalverkehrs tut not

Alexander Funkenberg, Frankfurt/Main

„Auf meinen vielen Reisen in so manchem Staat der Welt habe ich nie ein Plakat gesehen: ‚Weltbank, go home!‘“ Dieses Wort des amerikanischen Senators Fulbright kennzeichnet den good-will, der nicht allein der Weltbank, sondern auch der multilateralen Entwicklungshilfe allenthalben entgegengebracht wird, als deren bekanntester Agent die Weltbank gilt. Mit einiger Sicherheit dürften derartige Plakate auch künftig nicht anzutreffen sein, denn die Weltbank ist nicht allein als ein ebenso solides wie wirkungsvoll tätiges Finanzierungsinstrument bekannt und geschätzt, sondern sie befaßt sich darüber hinaus auch intensiv mit den Grundfragen des Prozesses der wirtschaftlichen Entwicklung. Beide Elemente zur Herbeiführung der Voraussetzungen für ein möglichst kontinuierliches Wirtschaftswachstum haben ihr den guten Ruf eingebracht, über den die Weltbank heute überall verfügt.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß ausländische Kapitalinvestitionen als bedeutsamer Faktor für die wirtschaftliche Förderung der minderentwickelten Bereiche der Welt zu betrachten sind. Derartige Kapitalanlagen sind zu einem wichtigen Merkmal der Partnerschaft zwischen Geber- und Entwicklungsländern geworden. Für beide Teile ist ihre Förderung ein gleichermaßen wichtiges Anliegen. Vor allem trifft dies für das private Anlagekapital zu, das bei kluger Planung weittragende Bedeutung für die Entfaltung der Wirtschaft des Empfängerlandes haben kann.

GERINGER ERFOLG DER BISHERIGEN BEMÜHUNGEN

Der private Kapitalfluß in diejenigen Länder, die unter Kapitalknappheit leiden, ist jedoch bekanntlich keineswegs erheblich. Das trifft auch für den Kapitalexport der Bundesrepublik zu. Die verstärkten Bemühungen, in der Entwicklungsförderung von der Staatshilfe zur privaten Kapitalanlage zu kommen, haben bislang nur bescheidene Erfolge gehabt. Und das, obwohl in wachsendem Maße Investitionsförderungsabkommen geschlossen werden, obwohl das Entwicklungshilfe-Steuergesetz allen Firmen, die ins Ausland gehen wollen, mancherlei Vorteile bietet, obwohl politische Risiken durch Bundesgarantien abgesichert werden können und schließlich, obwohl die „Deutsche Entwicklungs-Gesellschaft“ eigens zu dem

Zweck errichtet wurde, haftendes Kapital für die Gründung von Betrieben in Entwicklungsländern bereitzustellen!

Nicht zu Unrecht argumentiert man bei der Weltbank, daß die Einstellung vieler Entwicklungsländer zu privaten Kapitalinvestitionen in erheblichem Ausmaß auf überholten früheren Ereignissen beruht und durchaus nicht mehr den heutigen Gegebenheiten entspricht. Auch glaubt man, daß diejenigen Länder, die ausländische Investitionen willkommen heißen — und das bedeutet, um es einmal unmißverständlich auszusprechen, daß sie diesen Investoren echte Chancen geben, wirklich attraktive Gewinne zu erzielen —, ihre Aufbauziele schneller erreichen werden als solche, die das nicht tun. Es besteht aber nicht der mindeste Zweifel darüber, daß das bemerkenswerteste Hindernis für den Zufluß privaten Kapitals neben der selbstverständlichen Transfermöglichkeit der Erträge die Sorge der Investoren ist, daß ihre Anlagen politischen Risiken ausgesetzt sind. Ob das nun die unmittelbare Enteignung ohne Entschädigung ist oder eine bis an die Grenze der Enteignung heranreichende Einmischung der Regierung, die dem Investor die Kontrolle über die Erträge seiner Investitionen nimmt, oder letztlich die Nichtbeachtung der dem Anlagekapital zugrunde liegenden vertraglichen Abmachungen durch die Regierung des Entwicklungslandes.

VERBESSERUNG DES INVESTITIONSKLIMAS

Vor diesem vielfältigen Erfahrungshintergrund wuchs das Bedürfnis nach Schaffung eines günstigen Investitionsklimas in des Wortes engster Bedeutung. Als aussichtsreichste Methode wurde dabei festgestellt, daß das Problem des ungünstigen Investitionsklimas von der Verfahrensseite anzupacken sei, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Mechanismus, der auf freiwilliger Grundlage für die Schlichtung und für Schiedssprüche in Investitionsstreitfällen in Anspruch genommen werden könnte. Das Ergebnis ist nach langjährigen Beratungen qualifizierter Fachleute, unter denen sich auch entsprechende deutsche Experten befanden, die Zentralstelle für die Schlichtung von Investitionsstreitfällen. Diese Institution wird als autonome internationale Einrichtung unter dem Patronat der Weltbank tätig werden.

Die dazu erarbeitete Konvention ging kürzlich den 102 Mitgliedsstaaten der Weltbank zu. Sobald sie in den nächsten Wochen von zwanzig Regierungen unterzeichnet und ratifiziert sein wird, kann sie in Kraft treten. Der Präsident der Weltbank, George D. Woods, äußerte sich zu der neuen Einrichtung, daß sie „einen wichtigen und notwendigen Beitrag zur Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung“ leisten kann.

Es ist in der Tat keine Frage, daß eine Einrichtung, die die Beilegung von Streitfällen zwischen Regierun-

gen und ausländischen Anlegern erleichtert, sehr wesentlich mit dazu beitragen kann, eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Darüber hinaus aber kann sie dazu dienen, daß eine größere Zufuhr internationalen Kapitals in diejenigen Länder verursacht wird, die daran interessiert sind. Diesen Kapitalfluß aus der bedeutendsten und nachhaltigsten aller potentiellen Quellen zu verstärken, und zwar seitens privater Investoren, ist ein erreichbares Nahziel der Weltbank in ihrem Bemühen um ein schnelles und solides Wirtschaftswachstum.

Spanien nach dem ersten Jahr Wirtschaftsplanung

Günter Wipplinger, Madrid

Mit dem im Jahre 1959 in Kraft getretenen spanischen Stabilisierungsplan begann eine neue Periode der Wirtschaftsentwicklung des Landes. Der Plan setzte nicht allein dem viele Jahre hindurch herrschenden inflationistischen Prozeß ein Ende, sondern stellte auch den Außenhandel des Landes auf eine gesunde Basis — vor allem aber begann mit ihm der Abbau des unheilvollen wirtschaftspolitischen Interventionismus. Der Stabilisierungsplan stellt das erste Glied einer Kette von Umformungen dar, die in den letzten Jahren vorgenommen worden sind und die der spanischen Wirtschaft ein neues Fundament geben sollen. Weitere Glieder dieser Kette sind eine Banken- sowie eine Steuerreform.

Im Jahre 1962 begann mit Hilfestellung von seiten der Weltbank die Vorbereitung für einen Entwicklungsplan, der die konsequente Fortsetzung der 1959 begonnenen Arbeiten darstellt. Dieser für den Zeitraum von 4 Jahren konzipierte Entwicklungsplan trat am 1. 1. 1964 in Kraft. Er beruht auf der Idee der „indikativen Planifikation“, in der die Aktivität des staatlichen Bereiches mit der erwarteten des privaten Sektors koordiniert wird. Der „Plan de Desarrollo“ hat die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur sowie ein möglichst großes Wirtschaftswachstum zum Ziele.

Wichtigste Plangröße ist das Volkseinkommen, das 1964 (nach Schätzungen des Nationalen Wirtschaftsrates) 798 142 Mill. ptas. erreichte und damit das Pro-Kopf-Einkommen auf 25 469 ptas. erhöhte. Eine Realsteigerung des Bruttosozialprodukts von 6,7% gegenüber dem Vorjahr (vorgesehen waren lediglich 6%) berechtigt zu Optimismus. Gleiches trifft auch auf die weiteren makroökonomischen Größen zu: Der Warenexport erhöhte sich um 25,1%, die industrielle Produktion um 11,6%, und die Zahlungsbilanz konnte mit einem Überschuß von 303,5 Mill. \$ abschließen.

Tragendes Element der Sozialproduktsteigerung war die industrielle Produktion, deren Wachstum von 11,6% einen bislang nicht erreichten Rekord darstellt.

Die einzelnen Industriezweige weisen jedoch eine recht unterschiedliche Entwicklung auf. An der Spitze stehen die Bauindustrie mit 15,4% Zuwachs, Elektrizität mit 13,7% und die Automobilproduktion gar mit 31,1% Steigerung, während der Bergbau nur 0,6% Zunahme verzeichnen kann und eine ganze Reihe anderer Bereiche unter dem Vorjahresniveau bzw. den vorgesehenen Plangrößen bleibt. Ebenfalls positive Ergebnisse weisen die Sektoren des Dienstleistungsgewerbes auf (Hotel 15%; Transporte 12%; Banken und Versicherungen 13,7% Wachstum). Demgegenüber verminderte sich die landwirtschaftliche Produktion um 9,7% (!). Hiermit ist ein binnenwirtschaftliches Problem angesprochen, das bereits zu äußerst unerwünschten Konsequenzen geführt hat und die übrigen Sektoren der Wirtschaft in Mitleidenschaft zu ziehen droht.

SORGENKIND LANDWIRTSCHAFT

Das relativ schlechte Abschneiden der landwirtschaftlichen Produktion wird zu einem großen Teil auf ungünstige klimatische Verhältnisse zurückgeführt, obwohl fast generell auch eine Verminderung der Anbauflächen zu beobachten war. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich die spanische Landwirtschaft seit langem in einer strukturellen Krise befindet, die jetzt bei der Gegenüberstellung zur Entwicklung anderer Sektoren erst richtig zum Ausdruck kommt.

Die stärkste Einbuße ist beim Olivenöl zu verzeichnen: 1964 konnten nur 23,5% der Ernte des Vorjahres erreicht werden, das allerdings als Rekordjahr gilt. Einen starken Produktionsrückgang weist indessen auch die Gemüse- und Getreideerzeugung auf, und auch die nicht direkt wetterabhängigen Zweige wie Fleisch- und Eierzeugung blieben durchweg unzureichend.

Die vorgesehene Steigerung des Traktoreneinsatzes in der Landwirtschaft blieb mit ungefähr 15 600 Einheiten hinter den 25 000 geplanten erheblich zurück